

Alle Einträge dieses Autors nach

» Datum » letztem Posting » # Postings » Abrufen sortieren

Investmentgesellschaften-Gesetz (IGG) – notwendige Basis für frisches Kapital für den Mittelstand

30. April 2009 11:30

Empirische Studien belegen nachhaltig, dass **PE/VC** Investments großen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. Leider ist in **Österreich** der rechtliche und zum Teil steuerliche Rahmen als **Basis** für privates Beteiligungskapital noch immer unzureichend. Die Situation ist für den österreichischen Mittelstand in doppeltem Maß gefährlich, da zum Einen zahlreiche **Banken** (noch) nicht finanzieren, zum Anderen potentielle Investoren aufgrund besserer Rahmenbedingungen ins Ausland abwandern könnten.

„Private Equity“-Gesetz für Österreich

In Form des Mittelstandsfinanzierungsgesellschaften-Gesetz (MiFiG) existiert zwar bereits ein bedingt brauchbares Instrumentarium für die PE/VC Industrie. Erforderlich ist aber dringend ein internationalen Standards entsprechendes Regularium. Was ist daher vom österreichischen Gesetzgeber konkret zu tun, um die österreichische PE/VC-Industrie auch international konkurrenzfähig zu machen, den Mittelstand mit frischem Kapital und Know-how zu versorgen und generell das Abwandern von Investoren und Kapital ins Ausland zu verhindern?

- Das „Private Equity“-Gesetz in Form des Investmentgesellschaften-Gesetz (IGG) muss neu diskutiert und inhaltlich mit Experten überarbeitet werden:
 - o Dabei ist jedenfalls das praxisrelevante **Buy-Out** Geschäft mitzuerfassen.
 - o Die Informations- und Veröffentlichungspflichten der Investmentgesellschaften (IG) sollten sachgerecht eingeschränkt werden – der bestehende Code of Good Governance sollte entsprechend rechtlich „aufgewertet“ und anerkannt werden.
 - o Die Anforderungen an das IG-Management und diverse Sanktionen sollten mit Augenmaß getroffen werden.
 - o Grundsätzlich ist der IGG-Entwurf legislatisch von Rechtsexperten zu überarbeiten, um ungewollte Widersprüche und Lücken zu vermeiden.

- Die steuerlichen Anreize für PE/VC-Investments sollten weiter ausgedehnt werden. Nicht nachvollziehbar sind die in den Erläuternden Bemerkungen zum IGG angeblich erwartenden Steuermindereinnahmen iHv EUR 200 Mio./Jahr durch Steuerbefreiungen für IG. Diese sind nochmals sachlich zu berechnen und insbesondere mit positiven makroökonomischen Effekten abzuwägen.

- Mehr Unterstützung für Lobbying-Aktivitäten, etwa der AVCO (Austrian Private Equity and Venture Capital Organisation). Die neue Bundesregierung ist jedenfalls dazu aufgerufen, unverzüglich den erforderlichen Rechtsrahmen zu schaffen, um auch österreichische **Unternehmen** wieder mit frischem Kapital versorgen zu können.

Tags | Finanzierung/VC/PE | Finanzkommunikation | Comments | AI-Experten

Mag. Dr. Thomas Tretnak, LL.M./CM (Northwestern/Keillogg) ist als Rechtsanwalt in Österreich und New York zugelassen und berät in der renommierten Wirtschaftskanzlei CHSH Cerha Hempel Spiegelfeld Hlawati strategische und Finanzinvestoren im Bereich M&A und Private Equity.

BElog | kommentieren | drucken | Bookmarks bei...

EQT Expansion Capital

Eigenkapital Ersatzlösungen für den Mittelstand

VV native Investments

Google-Anzeigen



Thomas Tretnak
Rechtsanwalt, CHSH
Cerha Hempel
Spiegelfeld Hlawati

Diesen BElogger abonnieren.

Raten Sie den BElog links durch Klick auf die Sterne

Rating

☆☆☆☆☆☆: 0

Mehr von diesem BElogger

1 - 1

» Investmentgesellschaften-Gesetz (IGG) – no...



Meistgelesen heute

1 - 3



Rätzel des Tages: Irrtum Pierer



Hohe Inflation wird Goldpreis antreiben



Spärszinsen Österreich Blog: Porsche Bank neuer Player am Tagesgeldmarkt in Österreich



Spitzengehälter an Mindestl...
von RFJ: Ja, 100 Tage-Umtauschfrist ...

Last Launches